



Genug gekürzt! Politikwechsel in Bund und Land nötig!

Für soziale Sicherheit, gute Arbeit, mehr Demokratie, bezahlbares Wohnen, Mobilität für alle und starke Industrien in Ostdeutschland.

Die Bundesregierung und die Thüringer Landesregierung scheitern an wichtigen

Aufgaben: Sprit-Preise explodieren, bei der Bahn sind Verspätungen und Zugausfälle Normalität, Mieten und Pflegekosten steigen, unsichere Job-Perspektiven und Betriebsschließungen belasten viele Menschen gerade in Ostdeutschland. Statt Investitionen und soziale Sicherheit zu organisieren, wird Verantwortung auf den Einzelnen abgewälzt. Geld, so scheint es, ist nur für Aufrüstung da. Stattdessen sollen die Menschen länger arbeiten, während soziale Rechte und Klimaschutz abgebaut werden. Gespart wird im Sozialen, in der Kultur und in den Demokratie-Förderprojekten. Der Reichtum unserer Gesellschaft, der von Millionen Menschen täglich erarbeitet wird, sammelt sich in den Händen einiger Weniger.

Die **Rentenreform** folgt dem Prinzip: Länger arbeiten, später in Rente und am Ende mit weniger auskommen. Mit der Absenkung des Rentenniveaus bricht die Regierung das Versprechen, dass sich jahrzehntelange Arbeit im Alter auszahlt. Gerade in Ostdeutschland verschärft die Reform Ungleichheiten: Thüringer Rentner*innen zahlen bis heute den Preis für niedrigere Löhne nach der Wende und fehlende zusätzliche Alterseinkünfte. Jetzt will die Regierung ihnen noch die abschlagsfreie Frührente nach 45 Jahren Arbeit nehmen.

In der **Pflege** liegt vieles im Argen: In Thüringen liegt der Eigenanteil für einen Pflegeheimplatz bei über 3.000 Euro pro Monat, pflegende Angehörige zahlen auch jeden Monat drauf. Insbesondere im Osten, wo die Alterseinkommen oft niedriger als bundesweit sind, erhöhen sich die Eigenanteile am stärksten. Mit der Pflegereform will die Regierung Bedürftige stärker zur Kasse bitten, während sie die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartner*innen einschränkt. Wartezeiten werden länger, Entlastungsbeiträge gestrichen oder gekürzt. Die Bundesregierung lässt Familien mit der Pflege zunehmend allein.

Die Kürzungen für **Familien** treffen diejenigen, die schon am stärksten unter steigenden Lebenshaltungskosten leiden. Ausgerechnet beim **Wohngeld** setzt die Bundesregierung den Rotstift an: Fast jeder dritte wohngeldbeziehende Haushalt in Thüringen könnte künftig seinen Anspruch verlieren. **Alleinerziehende** werden durch den Wegfall des Unterhaltsvorschusses ab dem 16. Lebensjahr in die Armut gedrängt und mit der drohenden Abschaffung des Kindersofortzuschlags spart die Regierung bei den ärmsten Kindern. Gleichzeitig erschwert die Reform der Kinder- und Jugendhilfe den Zugang zu Unterstützung, auf die viele Familien angewiesen sind.

Die angekündigte **Aufweichung des 8-Stunden-Tages** und die **Flexibilisierung von Arbeitszeiten** bedeuten in der Praxis vor allem Mehrarbeit und höhere Gefahr von Arbeitsunfällen oder Burnout. Beschäftigte brauchen Sicherheit und Erholung vom Job, das sind die entscheidenden Merkmale für gute Arbeit. Die von der Bundesregierung angekündigte **Einkommensteuerreform ist keine Entlastung** für die arbeitende Mitte, sondern bleibt weit hinter dem zurück, was die Menschen – vor allem in Ostdeutschland – tatsächlich benötigen: Viele Beschäftigte hier verdienen noch immer



weniger als im Bundesdurchschnitt, gleichzeitig belasten steigende Preise und Energiekosten sowie wirtschaftliche Unsicherheiten die Menschen stark. Die vorgesehenen Anpassungen beim Grundfreibetrag, Kindergeld und Arbeitnehmerpauschbetrag sind zu gering, um Menschen wirklich zu entlasten. Beschäftigte mit kleinen Einkommen profitieren kaum, während Steuerprivilegien für hohe Einkommen und Vermögen weitgehend unangetastet bleiben.

Sozial und sicher: Für einen Politikwechsel!

Die soziale Ungerechtigkeit, der Verlust der Hoffnung auf eine bessere Zukunft und die Vertrauenskrise in einen funktionierenden, aktiven Staat führen das Land immer tiefer in die Krise. **Ein Politikwechsel ist nötig!** Wir brauchen Regierungen, die mit ihrer Arbeit die Interessen der Mehrheit der Menschen in den Mittelpunkt rücken.

Die Thüringer Linke wird – Partei, Landtagsfraktion und die Abgeordneten im Bundestag – **gegen die unsozialen Kürzungen und Sparpläne** der Bundes- und Landesregierung kämpfen. Wir setzen uns **für mehr soziale Sicherheit, gute und mitbestimmte Arbeit, mehr Demokratie und Unterstützung für Initiativen vor Ort, bezahlbares Wohnen in Städten und auf dem Land, gute Mobilität für alle Menschen und für starke Industrien ein.** Wir brauchen mehr Gerechtigkeit, und nicht weniger! Wir brauchen mehr Haltung von Politiker*innen und nicht das Abwälzen von Verantwortung auf den Einzelnen! Es braucht Hoffnung und Perspektiven auf ein besseres Leben und keine Politik, die Angst erzeugt!

Wir machen Politik mit tausenden neuen Mitgliedern, einer gestärkten Bundestagsfraktion und einer erfahrenen Landtagsfraktion. Für uns sind Protest und Widerstand gegen die Regierung und eine erstarkende AfD, die aktive Mitgestaltung der Gesellschaft im Hier und Jetzt in Kommunen und Land sowie die grundlegende Idee unserer Partei, ein demokratischer Sozialismus, kein Widerspruch, sondern Teil unserer gemeinsamen Politik.

Wir arbeiten für ein Ostdeutschland der Chancen und Zukunft, indem Bewährtes erhalten bleibt und Zukunftstechnologien und Erneuerbare Energien ausgebaut werden. Ostdeutschland hat eine andere Wirtschaftsstruktur als der Westen und braucht daher eine andere Wirtschaftspolitik, die kleinere und mittlere Betriebe in der Fläche und die zugehörige Infrastruktur in den Fokus rückt. Ostdeutschland darf nicht mehr nur verlängerte Werkbank sein, sondern muss neben Jobs auch Wertschöpfung und Steuerkraft vor Ort stärken.

Bodo Ramelow, Mandy Eissing & Donata Vogtschmidt, Abgeordnete des Deutschen Bundestages

Christian Schaff, Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag

Katja Maurer & Ralf Plötner, Co-Vorsitzende Die Linke Thüringen



Was es jetzt konkret braucht:

- sichere Jobs durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik von Bund und Ländern,
- ein Ostdeutschland der Chancen und guten Zukunft, unter anderem durch Investitionen in Zukunftsindustrien, erneuerbare Energien und Infrastruktur,
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Steuerpolitik, die Normalverdiener*innen entlastet (53% ab einem zu versteuernden Einkommen von 85.000 Euro, ab 250.000 Euro eine Reichensteuer von 60% und ab 1 Million Euro eine Millionärssteuer von 75%),
- eine starke gesetzliche Rente mit einem Rentenniveau von 53%, eine solidarische Mindestrente und einer solidarische Bürgerversicherung, in die auch Beamte, Selbstständige und Abgeordnete einzahlen,
- mehr sozialen Wohnungsbau,
- endlich eine Nutzung der Mittel aus dem Sondervermögen für Klimaneutralität und Infrastruktur durch Land und Bund,
- eine echte Kindergrundsicherung und bessere Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe,
- gute und bezahlbare Pflege für alle Menschen, die nicht zur Armutsfalle wird,
- die Angleichung der Feiertage in den Bundesländern durch Erhöhung auf 12 und nachholen von Feiertagen, die auf ein Wochenende fallen,
- ein Recht auf Nichterreichbarkeit, damit Freizeit wirklich Freizeit sein kann,
- eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit,
- den Erhalt des Unterhaltsvorschusses bis zum 18. Lebensjahr,
- die Stärkung des Zusammenhalts durch den Erhalt von Programmen wie z.B. „Demokratie leben“ und bessere Förderung für politische Bildung,
- die Finanzierungszusage des Bundes fürs die Mitte-Deutschland-Verbindung sowie eine Bahn-Politik, die Zuverlässigkeit und Qualität statt Profit in den Mittelpunkt stellt,
- eine Altschuldenhilfe für die Kommunen,
- das Ende des Kooperationsverbots in der Bildung, um den Bund stärker in die Pflicht für gute Schulen zu nehmen.